

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

67. Sitzung
27. April 2026

Beginn: 14.00 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Ausschuss** beschließt, die Tagesordnung um einen neuen Punkt 3 zu ergänzen.

Der bisherige Punkt 6 wird zu dem neuen Punkt 4 und die bisherigen Punkte 3, 4, 5 und 7 werden zu den neuen Punkten 5, 6, 7 und 8 der Tagesordnung.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Seit Beginn des Jahres warten die Bezirke auf die Bescheide zum Berliner Autor:innenlesefonds (BALF) und zum Bibliotheksstärkungsfonds (BSF). Bislang sind die Mittel nicht zugewiesen worden. Was sind die Gründe dafür, dass die Mittel noch immer nicht ausgezahlt wurden, obwohl bereits vier Monate des laufenden Jahres verstrichen sind, stehen die Mittel nach wie vor zur Verfügung und wenn ja, in welcher Höhe und wann werden sie endlich weitergegeben?“

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) informiert, dass die Zuweisungen für den Autorenlesefonds in der vergangenen Woche versandt worden seien. Die Zuweisungen für den Bibliotheksstärkungsfonds würden in dieser Woche folgen.

Daniela Billig (GRÜNE) stellt die folgende im Vorfeld eingereichte Frage:

„Wie stellt der Senat sicher, dass die rund 25 Atelierhäuser und -standorte, deren Mietverträge in diesem oder im nächsten Jahrauslaufen, langfristig als künstlerische Arbeitsräume gesichert werden können?“

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erklärt, das Arbeitsraumprogramm bewege sich in einer Phase grundlegender Konsolidierung. Steigende Mieten und Bewirtschaftungskosten träfen auf sinkende Haushaltsmittel. SenKultGZ setze sich für die Verlängerung der Mietverträge ein, die 2026 und 2027 ausliefen. Zu einzelnen Standorten könne sie keine Angaben machen.

Daniela Billig (GRÜNE) verweist darauf, dass der Mietvertrag für die Atelierstandorte in der Wilsnacker Straße in dieser Woche auslaufe. Der Zuwendungsantrag sei fristgerecht gestellt worden. Die GSE verfüge über keine Eigenmittel. Es drohten stark steigende Mieten und infolgedessen der Verlust der Ateliers. Der Senat habe jedoch zugesagt, den Bestand zu sichern. Welche Maßnahmen werde SenKultGZ ergreifen, um den Mietvertrag zu verlängern und die Ateliers zu erhalten?

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) antwortet, es handele sich um sieben Arbeitsräume. SenKultGZ befinde sich hierzu im Austausch mit der GSE.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) stellt die vorab eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Wann erhält das deutsch-jüdische Theater endlich die ersten (Teil-)Auszahlungen zur Deckung der strukturellen Ausgaben, wie es der Einzelplan 8 vorsieht?“

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erklärt, die Mittel für das deutsch-jüdische Theater seien im Doppelhaushalt 2026/2027 vorgesehen. Allerdings müssten die Förderverfahren für neue Zuwendungsempfangende neu strukturiert werden. Die Zuständigkeiten seien inzwischen geklärt, und der Zuwendungsbescheid werde mit hoher Priorität bearbeitet.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) fragt, wann mit der Auszahlung zu rechnen sei.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) konstatiert, die Auszahlung werde unmittelbar nach Abschluss der formalen Prüfung veranlasst.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) fragt, welche Auswirkungen der Rücktritt von Sarah Wedl-Wilson auf die Verwaltungstätigkeit, insbesondere auf die Bearbeitung der Zuwendungsbescheide, haben werde.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) betont, die Mitarbeitenden von SenKultGZ führten ihre Arbeit regulär fort und bearbeiteten weiterhin die Zuwendungsbescheide.

Robert Eschricht (AfD) fragt im Hinblick auf den angekündigten Wegzug der Julia Stoschek Foundation, ob sich die Kulturverwaltung bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für die Sicherung von Standorten von privaten Kunstsammlungen und Archiven eingesetzt habe.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erklärt, die Gespräche der ehemaligen Kultursenatorin mit der Berlinischen Galerie und der BIM würden fortgeführt.

Robert Eschricht (AfD) weist darauf hin, dass nicht die BIM, sondern die BImA zuständig sei. Welche Maßnahmen seien perspektivisch geplant, um dem von privaten Sammlern beklagte Mangel an Wertschätzung entgegenzuwirken.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) entgegnet, dass sich das Land Berlin weiterhin um private Sammler bemühe.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) berichtet, dass anlässlich des 80-jährigen Jubiläums der Kunsthochschule Weißensee die Ausstellung „Gestalten für Berlin. Design aus der Kunsthochschule Berlin-Weißensee“ im Werkbundarchiv – Museum der Dinge eröffnet worden sei. Die Ausstellung werde vom Hauptstadtkulturfonds gefördert.

Im Rahmen eines Bezirksbesuchs in Charlottenburg-Wilmersdorf sei unter anderem das Schoeler Schösschen besucht worden, das im Juni 2025 als Kultur- und Begegnungsort eröffnet worden sei.

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenKultGZ) stellt sich dem Ausschuss als neuer Staatssekretär vor.

Am 25. April habe vor und im Roten Rathaus die Freiwilligenbörse stattgefunden, bei der sich rund 100 gemeinnützige Organisationen, Vereine und Initiativen präsentiert hätten. Besonders hervorzuheben sei das Projekt „codetekt“, das sich gegen Fake News einsetze.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) ergänzt, dass am 23. April die Stolperstein-Konferenz im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors stattgefunden habe.

Ulker Radziwill (SPD) begrüßt den neuen Staatssekretär. Zudem danke sie seinem Vorgänger Oliver Friederici und dessen Mitarbeiter Friedemann Walther für ihre geleistete Arbeit.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Aktuelle kulturpolitische Lage

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0359](#)

KultEnDe

Vorsitzender Peer Mock-Stümer stellt fest, dass die antragstellenden Fraktionen auf eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 der Tagesordnung verzichteten.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erklärt, die vergangene Woche sei stark von Veränderungen infolge des Rechnungshofberichts geprägt gewesen. Nach der Entlassung von Oliver Friederici sei ein neuer Staatssekretär für den Bereich Gesellschaftlicher Zusammenhalt berufen worden. Sie danke Oliver Friederici für seinen Einsatz in der Engagement- und Demokratieförderung sowie für die Zusammenarbeit mit Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Er habe sich mit großem Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin eingesetzt.

Zudem sei Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson am vergangenen Freitag zurückgetreten. Auch ihr spreche sie Dank für ihre Arbeit aus. Die zahlreichen Reaktionen aus den Kultureinrichtungen zeigten den großen Rückhalt, den sie dort genossen habe, und dass sie wichtige Impulse in der Kulturpolitik gesetzt habe.

Mit Alexander Straßmeir übernehme nun ein erfahrener Verwaltungsjurist und Kenner der Berliner Verwaltung das Amt des Staatssekretärs. Sie wünsche ihm insbesondere für den gemeinsamen Einsatz gegen Antisemitismus viel Erfolg.

Angesichts des Rechnungshofberichts habe die zügige und rechtssichere Förderung von Projekten zur Bekämpfung von Antisemitismus höchste Priorität. Noch unter Sarah Wedl-Wilson sei eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sie leite. Ziel sei es, die Empfehlungen des Rechnungshofs umzusetzen und insbesondere Antrags- und Genehmigungsprozesse rechtssicher und effizienter zu gestalten. Dies könne als „Verwaltungsreform im Kleinen“ verstanden werden.

Peer Mock-Stümer (CDU) erklärt, er bedaure den Rücktritt von Sarah Wedl-Wilson. Es verdiene Respekt, dass sie aus dem Rechnungshofbericht unmittelbar persönliche Konsequenzen gezogen habe. Berlin verliere mit ihrem Rückzug eine starke Stimme für die Kultur. Sowohl als Staatssekretärin als auch später als Senatorin habe sie den Kulturdialog wieder aufgenommen und sich trotz der angespannten Haushaltslage dafür eingesetzt, Berlin als starken Kulturstandort zu erhalten.

Daniel Wesener (GRÜNE) dankt ebenfalls – auch im Namen seiner Fraktion – Oliver Friederici für seine Arbeit und insbesondere für sein Verhalten im Zusammenhang mit der Fördergeldaffäre. Auch Sarah Wedl-Wilson spreche er seinen Dank aus. Ihr Rücktritt sei zwar zwingend gewesen, zugleich aber bedauerlich. Es sei richtig, Verantwortung zu übernehmen, allerdings sei sie nicht die „Hauptschuldige“. Ohne Sarah Wedl-Wilson wären die Kürzungen im Kulturretat deutlich höher ausgefallen. Zudem habe sie Eingriffe in die Kunstfreiheit stets zurückgewiesen.

Seine Fraktion begrüße auch den neuen Staatssekretär und wünsche ihm, dass er – wie sein Vorgänger – die Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden wahrnehme und Recht und Gesetz verteidige.

Die heutige Sitzung empfinde er als „absurd bis geisterhaft“. Viele Kulturakteurinnen und -akteure seien besorgt, dass bis zur nächsten Senatsbildung nach der Wahl ein kulturpolitischer Stillstand eintreten könne. Dabei müssten dringend wichtige Entscheidungen getroffen werden, die die Verwaltung ohne Senatorin oder Senator nicht treffen könne. Beispielfhaft sei die Rettung des Arbeitsraumprogramms zu nennen. Für 25 Objekten, unter anderem in der Wilsnacker Straße, liefen demnächst Mietverträge aus. Deshalb müsse zeitnah entschieden werden, ob Fördersätze angepasst oder der GSE zusätzliche Eigenanteile übertragen würden und wie künftige Governance und Struktur des Arbeitsraumprogramms im Zusammenspiel von GSE, KRB und Atelierprogramm gestaltet werden könnten. Andernfalls drohe der Verlust dieser Standorte, obwohl die Mittel grundsätzlich vorhanden seien.

Zudem stellten sich Fragen zur Umsetzung der Kürzungen 2025 und 2026 bei Theater- und Orchesterbetrieben angesichts bereits bestehender Defizite. – Werde der Transformationsfonds fortgesetzt und möglicherweise inhaltlich neu ausgerichtet? – Wie sähen die Planungen zur Goerzallee aus?

Auch die laufenden Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag müssten fortgeführt werden. Dabei gehe es um zentrale kulturpolitische Weichenstellungen für die kommenden zehn Jahre, unter anderem zum Humboldt Forum, zur geplanten Sanierung der Philharmonie und zur Zukunft des HKF. Nehme die Staatssekretärin an diesen Verhandlungen teil, oder sei die Position derzeit vakant?

Wie sei der Stand der Verhandlungen zum neuen Standort der Zentral- und Landesbibliothek? Zuletzt habe die Kultursenatorin die Gespräche mit Commerz Real, der BIM und der Wirtschaftsverwaltung geführt. Sollten die Verhandlungen derzeit ausgesetzt sein, sei die Option Alexanderplatz gefährdet.

Auch bei den anstehenden Intendantenwechseln, die mit erheblichen finanziellen Risiken verbunden seien, bestehe Klärungsbedarf. Gleiches gelte für die laufende Vertragsverhandlung zur Verlängerung einer künstlerischen Spitzenposition sowie für bereits beschlossene Sanierungsvorhaben, bei denen Leistungsverträge noch nicht unterschrieben seien.

Wann würden die 6,5 Millionen Euro endlich entsperrt? Bistlang sei es nicht gelungen, die Vorschläge der Verwaltung innerhalb der Koalition durchzusetzen. Er plädiere dafür, dem mehrteiligen Vorschlägen des ehemaligen Staatssekretärs zu folgen: den Aktionsfonds um 5 Millionen Euro aufzustocken, die Mittel über ein juriertes Verfahren innerhalb bestehender Fördersystemen und in auftragsweiser Bewirtschaftung zu vergeben sowie Zuschüsse an Gedenkstätten mit Expertise im Kampf gegen Antisemitismus bereitzustellen. Da diese Entscheidungen nicht allein durch die Fachverwaltung getroffen werden könnten, müsse die Position der Senatorin beziehungsweise des Senators schnellstmöglich neu besetzt werden.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erwidert, der Abgeordnete zeichne ein zu negatives Bild und vermittele einen falschen Eindruck. Trotz des Rücktritts der Senatorin gebe es keinen Stillstand. Sie selbst sei in sämtliche Prozesse eingebunden.

Auch die Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag und zur Zentral- und Landesbibliothek würden unter ihrer Leitung fortgeführt.

Daniela Billig (GRÜNE) schließt sich dem Dank an Oliver Friederici und Sarah Wedl-Wilson sowie den Glückwünschen an den neuen Staatssekretär Alexander Straßmeir an. Ihr Vorredner habe die Ängste und Sorgen der Kulturszene und der Gesellschaft insgesamt zum Ausdruck gebracht. Insbesondere nach der letzten Plenarsitzung wirke die Regierung beziehungsweise die Senatskulturverwaltung jedoch „kopflös“. Auch eine Woche nach dem Rücktritt seien viele Fragen offen, etwa ob eine neue Senatorin oder ein neuer Senator benannt werde. Vor diesem Hintergrund erscheine das Verhalten – insbesondere des Abgeordneten Hausteiner – überheblich und anmaßend.

Welche Schlussfolgerungen würden aus dem Bericht des Landesrechnungshofs gezogen? Die angekündigten Konsequenzen sei bislang nicht erkennbar. Wie solle konkret mit den im Jahr 2025 rechtswidrig ausgezahlten Förderungen umgegangen werden?

Welches Ziel verfolge SenKultGZ hinsichtlich der Wilsnacker Straße, da die Verlängerungsoption in wenigen Tagen auslaufe? Das derzeitige Vorgehen wirke planlos. Sie appelliere an die Staatssekretärin, die Sorgen der Kulturszene ernst zu nehmen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) schließt sich ebenfalls dem Dank an den ehemaligen Staatssekretär und die ehemalige Senatorin an. Sie wünsche dem neuen Staatssekretär eine glückliche Hand. Angesichts wachsender Herausforderungen fehle es derzeit an Kontinuität.

Wie werde die Koalition mit ihrer politischen Spitze im Kulturbereich umgehen? Der Rücktritt der Senatorin sei zwar bedauerlich, angesichts des Rechnungshofberichts jedoch folgerichtig gewesen. In den vergangenen Monaten habe es aufseiten der Koalition an einem angemessenen Verständnis der Rollen von Legislative und Exekutive gefehlt. Insgesamt wünsche sie sich von der Koalition Unterstützung bei der Aufarbeitung und etwas Demut.

Der Rechnungshofbericht bescheinige der Kulturverwaltung ein exzellentes Verhalten, auch bei der Vergabe von Fördermitteln. Deshalb sei keine Optimierung des Verwaltungshandelns erforderlich; vielmehr müsse die Handlungsfähigkeit der Verwaltung sichergestellt werden. Es sei zu bezweifeln, dass die notwendige Expertise durch lediglich zwei zusätzliche Stellen gewährleistet werden könne. Fraglich sei vielmehr, warum Fördermittel einer Verwaltung übertragen worden seien, die nicht über die erforderliche Fachkompetenz verfüge. Die politische Leitung habe verhindert, dass die fachlich zuständige Verwaltung einbezogen worden sei. Die Verwaltung zu beschuldigen, löse weder die bestehenden Probleme noch die Ängste der Kulturschaffenden.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) erklärt ebenfalls, der Weggang von Sarah Wedl-Wilson sei bedauerlich. Sie habe sich fraktionsübergreifend einen guten Ruf erarbeitet; auch zahlreiche Intendanten hätten ihre Fachkenntnis hervorgehoben. Viele der angesprochenen Themen würden derzeit im Untersuchungsausschuss behandelt, dem er nicht vorgreifen wolle. Die Berufung von Senatorinnen und Senatoren sei Aufgabe des Regierenden Bürgermeisters. Da der Rücktritt der Senatorin keine Woche zurückliege, sei es nachvollziehbar, dass noch keine Nachfolgelösung präsentiert worden sei.

Es handele sich bereits um den dritten Wechsel im Amt des Kultursenators bzw. der Kultursenatorin innerhalb einer Legislaturperiode. Gleichwohl führten diese Wechsel weder zum Stillstand noch zu „Kopflösigkeit“ in der Verwaltung. Staatssekretärin Richter-Kotowski beschäftige sich seit ihrem Amtsantritt intensiv mit dem Arbeitsraumprogramm und sei dabei, den bereits unter der Vorgängerregierung entstandenen „gordischen Knoten“, zu lösen. Die Behauptung der Opposition, sie hätte an dieser Stelle keine Einsparungen vorgenommen, bleibe unbelegt. Auch das Zeichnen eines Katastrophenszenarios sei unangemessen und erweise der Kulturszene einen „Bärendienst“. Positiv sei, dass der Hauptstadtfinanzierungsvertrag unter der schwarz-roten Koalition verhandelt werde, die Gespräche zur ZLB fortgeführt würden und die kulturpolitische Leitlinie bestehen bleibe. Er appelliere an die Opposition, zur Lösung der Probleme beizutragen, statt sie zu verstärken.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) betont, spätestens seit dem Rechnungshofbericht sei deutlich, dass nicht die Verwaltung, sondern die Politik korrigiert werden müsse. Für die weiterhin gesperrten Mittel sei nicht die Verwaltung verantwortlich, sondern das sei eine politische Entscheidung. Bestehe der Fonds für Projekte von besonderer politischer Bedeutung weiterhin, oder würden die Mittel inzwischen in ein regelkonformes Verfahren überführt? Der Bericht des Rechnungshofs zeige zudem, dass die Verzögerungen nicht durch mehrfache Prüfungen der Verwaltung entstanden seien. Vielmehr sei die Verwaltung daran gehindert worden, Prüfungen ordnungsgemäß vorzunehmen, damit die gewünschten Projekte unverändert bewilligt würden.

Sei der Verwaltung die Zusammenarbeit mit dem Antisemitismusbeauftragten Samuel Salzborn und SenASGIVA jetzt erlaubt worden? Die fachliche Prüfung von Projektanträgen stelle keine Gesinnungsprüfung nach Parteizugehörigkeit dar, sondern diene der Überprüfung, ob Maßnahmen die vorgesehenen Zielgruppen tatsächlich erreichten und angemessen ausgestaltet seien. Hierfür sei die Expertise von SenASGIVA und Herrn Salzborn hilfreich.

Sie werde Oliver Friederici vor allem als Religionspolitiker vermissen. Warum sei ein Teil der 9 Millionen Euro zur Unterstützung jüdischer Gemeindeförderung weiterhin gesperrt, obwohl diese Mittel für die Sicherung jüdischer Veranstaltungen vorgesehen seien? Gehe die Koalition davon aus, dass die Gefährdung jüdischer Organisationen und Veranstaltungen zurückgegangen sei? Was geschehe, falls ein Sicherheitsvorfall eintrete?

Es sei ein religionspolitischer Skandal, dass sich Abgeordnete der Koalition ohne Abstimmung in die Auseinandersetzung zwischen dem Abraham-Geiger-Kolleg und dem Zentralrat der Juden in Deutschland eingeschaltet und die Finanzierung des Umzugs des Kollegs von Potsdam in das Jüdische Krankenhaus Berlin zugesagt hätten.

Robert Eschricht (AfD) schließt sich den guten Wünschen an den neuen Staatssekretär an. Aus welchen Gründen sei der Staatssekretär Friederici entlassen worden? Die ehemalige Kultursenatorin habe Erwartungen nicht erfüllt und etwa die Ausgrenzung weißer Personen am Maxim Gorki Theater toleriert. Wann werde der neue Kultursenator oder die neue Kultursenatorin benannt? Werde der Druck durch CDU-Abgeordnete anhalten oder nachlassen?

Könnten die Fördermittel für Projekte gegen Antisemitismus, die rechtswidrig vergeben worden seien, zurückgefordert werden? Wie werde mit der Nähe einzelner Projekte zu CDU-Abgeordneten umgegangen? Darin liege aus seiner Sicht der eigentliche Skandal. Aufgrund

einseitiger Presseberichterstattung steige die Zahl der Berlinerinnen und Berliner, die Kürzungen bei den Fördertöpfen befürworteten.

Martin Trefzer (AfD) schließt sich den Glückwünschen an den neuen Staatssekretär an. Mit dem Rücktritt von Sarah Wedl-Wilson habe Berlin eine kompetente und fähige Kulturpolitikerin verloren, der es gelungen sei, die Verbindung zu den Kulturschaffenden wieder aufzubauen. Es spreche für sie, dass sie mit ihrem Rücktritt Verantwortung übernommen haben. In der Erinnerungspolitik habe sie jedoch während ihrer kurzen Amtszeit keine Akzente gesetzt und sich kein Projekt wie Keibelstraße oder Campus für Demokratie zu eigen gemacht.

In ihrem Grußwort zur Eröffnung der Ausstellung „Der Holocaust – Was wussten die Deutschen?“ in der Topographie des Terrors habe sie ihre Familiengeschichte als Beispiel für die Versöhnung der Völker nach dem Zweiten Weltkrieg herangezogen. Sie könne auch als „Opfer“ der Umstände und Begleiterscheinungen der Berliner Landespolitik betrachtet werden. Der Regierende Bürgermeister habe sich nicht ausreichend geschützt und sie den „Zudringlichkeiten“ einzelner CDU-Abgeordneter ausgesetzt. Unter diesem Druck habe sie falsche und vorschnelle Entscheidungen getroffen. Der Vorgang werfe insgesamt kein gutes Licht auf den Berliner Politikbetrieb. Künftig müsse das Verwaltungshandeln deutlicher von „parteilichen Zumutungen“ abgegrenzt werden. Er wünsche Sarah Wedl-Wilson für ihre Zukunft alles Gute.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) erklärt eingangs, ihre Fraktion halte sich stets an das Zuwendungsrecht sowie an die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung. Die Ressortzuständigkeit und die anstehenden Entscheidungen lägen bei der CDU-Fraktion und dem Regierenden Bürgermeister.

In den kommenden fünf Monaten stünden wichtige Aufgaben an, darunter die Bearbeitung von Zuwendungen, das Arbeitsraumprogramm, das Bibliotheksgesetz, neue Förderstrukturen sowie die Verhandlungen zum Hauptstadtkulturfonds. Sie spreche sich deshalb für eine möglichst schnelle Neubesetzung der Senatorenposition aus – auch als Zeichen der Wertschätzung gegenüber der Kultur und den Kulturschaffenden. Die Kultur sei für Berlin von zentraler Bedeutung und brauche eine Person, die sich engagiert für ihre Belange einsetze.

Daniel Wesener (GRÜNE) weist den Vorwurf von Dr. Robbin Juhnke zurück, die Opposition zeichne ein Katastrophenszenario. Er verweise unter anderem auf aktuelle Berichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in denen die Regierung von Kai Wegner zum geschlossenen Rücktritt aufgefordert werde.

Die CDU-Fraktion habe in den vergangenen Monaten, insbesondere in den letzten Wochen, wertvolle Zeit verloren. Seine Fraktion habe bereits seit der Akteneinsicht im November 2025 auf Verstöße gegen die Landeshaushaltsordnung hingewiesen, die nun durch den Bericht des Rechnungshofs bestätigt worden seien. Vor diesem Hintergrund erscheine die Aussage des Regierenden Bürgermeisters im letzten Plenum, er habe den Bericht noch nicht gelesen, unglaubwürdig. Zudem habe der Entwurf des Berichts der Senatskanzlei bereits mehrere Tage zuvor vorgelegen. Die CDU-Fraktion habe es versäumt, sich rechtzeitig damit auseinanderzusetzen.

Die von ihm angesprochenen Themen könnten ausschließlich auf politischer Ebene entschieden werden und nicht allein durch Staatssekretäre oder die Verwaltung. Beim Hauptstadtfinanzierungsvertrag seien insgesamt acht Akteure beteiligt. Die Staatssekretärin verfüge zwar über langjährige politische Erfahrung, sei bei den genannten Themen und Vertragsverhandlungen jedoch vom politischen Willen des Finanzsenators abhängig. Das gelte ebenso für Verhandlungen mit der BIM und der GSE sowie für Fragen der auftragsweisen Bewirtschaftungen und Entscheidungen zur Umsetzung des Herrenberg-Urteils und des Arbeitsraumprogramms.

Für diese Aufgaben brauche die Kulturpolitik einen Senator oder eine Senatorin. Kulturpolitik könne auch nicht nebenbei als „Nebenjob“ betrieben werden. Auch wenn seine persönliche Begeisterung begrenzt sei, halte er es machtpolitisch für das richtige Signal, wenn der Regierende Bürgermeister das Amt selbst übernehme. Er appelliere daran, die Herausforderung ernst zu nehmen und die Sorgen der Kulturschaffenden nachzuvollziehen.

Das Prinzip „Kultur zuletzt“, das aus seiner Sicht große Teile der CDU-Fraktion und der Regierende Bürgermeisters in den vergangenen Jahren vertreten hätten, dürfe nicht fortgesetzt werden. Angesichts des entstandenen „Desasters“ und der „Bankrotterklärung“ sei es nun Pflicht, Verantwortung entweder selbst zu übernehmen oder sie bei den politisch Verantwortlichen – insbesondere beim Regierenden Bürgermeister – einzufordern.

Taylan Kurt (GRÜNE) fragt vor dem Hintergrund der Aussagen zum Arbeitsraumprogramm und der Kritik an der Opposition, wie die Stellungnahme zur Wilsnacker Straße gegenüber der GSE zustande gekommen sei. SenKultGZ habe der Wilsnacker Straße erst drei Tage vor Fristablauf einen Zuwendungsbescheid übermittelt, der den Einsatz von Eigenmitteln verlange. Daraus ergäben sich aus seiner Sicht zwei Möglichkeiten: Entweder handle SenKultGZ bewusst in einer Weise, die den Wegfall der Ateliers in Kauf nehme, oder die Verwaltung habe den Überblick über die Vorgänge verloren. Werde SenKultGZ die Voraussetzungen schaffen, damit bis Donnerstag eine Vertragsverlängerung möglich sei?

Daniela Billig (GRÜNE) betont, ihre Fraktion wolle die Situation nicht schlechtreden. Vielmehr gehe es um einen ernst gemeinten Appell, das zu retten, was noch zu retten sei.

Zudem erinnert sie daran, dass die Staatssekretärin zugesagt habe, der Entwurf des Bibliotheksgesetzes werde Ende April beziehungsweise Anfang Mai dem Parlament vorgelegt. Befinde sich der Gesetzentwurf weiterhin in Bearbeitung?

Dr. Robbin Juhnke (CDU) entgegnet, selbstverständlich nehme auch er die Medienberichterstattung wahr. Die von der Opposition geäußerten Sorgen seien jedoch aus seiner Sicht nicht ernst gemeint. So hätten die Grünen beispielsweise gefordert, den Transformationsfonds zu streichen und die Mittel stattdessen einzelnen Institutionen zuzuteilen.

Trotz des Konsolidierungsdrucks habe die Koalition wichtige kulturpolitische Vorhaben umgesetzt. Dazu gehörten unter anderem 4 Millionen Euro für Festanstellungen an den Musikschulen, eine verlässlichere Grundlage für Compagnien ohne eigene Spielstätten, die stärkere Einbindung der Unterhaltungstheater sowie die Aufstockung von Personalmitteln.

Die bereits begonnenen Projekte des Transformationsfonds würden voraussichtlich fortgeführt – auch ohne Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0354](#)
Bürgerschaftliches Engagement und Krisenfestigkeit KultEnDe
– resiliente Strukturen des freiwilligen Engagements
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0355](#)
Neue Akzente im Haushalt für das Ehrenamt – wie KultEnDe
weit ist die Umsetzung der Aufwüchse im Haushalt
2026/27?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Dennis Haustein (CDU) möchte wissen, wie die Mittel verwendet worden seien. Wie sei der aktuelle Umsetzungsstand?

Grit Großkurth (SenKultGZ) erläutert, dass sich die Berliner Engagementlandschaft in den vergangenen fünf Jahren – auch infolge der Engagementstrategie – deutlich weiterentwickelt habe. Die gesamtstädtische Engagementstruktur basiere im Wesentlichen auf den fünf Säulen Vermittlung, Information, Qualifizierung, Vernetzung und Anerkennung. Mit dem Doppelhaushalt seien die Haushaltsansätze präziser gefasst worden, um die jeweiligen Finanzierungszwecke transparenter darzustellen. Engagementförderung sei ein ressortübergreifendes Thema. Zwar liege die Koordination bei SenKultGZ, jedoch seien alle Senatsverwaltungen aufgefordert, die Förderung des Ehrenamts in ihren Bereichen zu unterstützen und zu koordinieren.

In Berlin stünden Engagierten rund 30 000 Vereine und gemeinnützige Organisationen offen. In allen Bezirken gebe es inzwischen Freiwilligenagenturen. Deren Förderung sei über eine Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung auf jährlich 173 500 Euro festgelegt worden, davon kämen 50 000 Euro aus dem Haushalt von SenKultGZ. Die Mittel seien im Kapitel 2708 – Aufwendungen der Bezirke – Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt –, Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – veranschlagt. Dabei handle es sich nicht um zusätzliche Mittel, sondern um eine veränderte Etatisierung; der bezirkliche

Mindestanteil bleibe unverändert. Aufgrund der Inflation seien künftig jedoch Mittelaufwüchse erforderlich, um die Angebote der Freiwilligenagenturen dauerhaft zu sichern. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen – LAGFA – erhalte seit 2023 jährlich 150 000 Euro. Sie betreibe eine berlinweite Onlinesuche für Engagementmöglichkeiten und unterstütze insbesondere die Vernetzung und Qualifizierung der Freiwilligenagenturen.

Information: 2024 sei die Plattform „engagiertes.berlin“ gestartet worden. Dort würden Angebote, Fördermöglichkeiten, Preise und Weiterbildungen gebündelt. Aktuell seien zudem 184 Räume in der Raumbörse registriert.

Qualifizierung: Der Lernort Zivilgesellschaft habe 2025 Mittel in Höhe von 300 000 Euro von SenKultGZ erhalten. Angeboten würden kostenlose Fortbildungen und Beratungen für Engagierte – etwa zu Freiwilligenkoordination, KI in der Öffentlichkeitsarbeit oder Vereinsbuchhaltung. Damit werde eine bisher bestehende Lücke geschlossen.

Die Landesfreiwilligenagentur werde jährlich mit 100 000 Euro gefördert, insbesondere zur Qualifizierung sowie zur Begleitung und Vernetzung hauptamtlicher Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren.

Vernetzung: Das Landesnetzwerk Bürgerengagement solle zur Zusammenarbeit und Vernetzung der Organisationen beitragen.

Anerkennung: Neben dem berlinweiten Aktionstag „Berlin sagt Danke“ seien auch die einzelnen Organisationen gefordert, eigene Formen der Wertschätzung zu entwickeln. Künftig solle der Freiwilligenpass zudem als App verfügbar sein. Ehrenamtliches Engagement verdiene öffentliche Anerkennung und sei keine Selbstverständlichkeit.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erinnert daran, dass bei der Planung neuer Stadtquartiere Räume für ehrenamtliches Engagement mitgedacht werden müssten. Wie sei der Stand der angekündigten praktikablen und rechtssicheren Regelung zur Bereitstellung landeseigener Räume für freiwillig Engagierte? Seien die Hürden bei Mehrfachnutzungen inzwischen reduziert worden, und existiere bereits ein digitales Raumverzeichnis? – Wie sei der Stand des Konzepts zur Barrierefreiheit in den Zielvereinbarungen, und inwieweit würden Migrantinnen, Migranten und Migrantinnenorganisationen berücksichtigt?

Außerdem rege sie an, verwaltungsübergreifend einen einheitlichen Haushaltstitel für die Mittel für das Ehrenamt einzurichten. – Der Beteiligungsbeirat sei erst 2025 berufen worden. Sei dessen angekündigte Neuausrichtung erfolgt? Welche Ziele würden damit verfolgt, und welche Erkenntnisse lägen bisher vor? – Wie sei der Stand zur Einrichtung eines Denklabors, das der Beirat zu den allgemeinen Herausforderungen der Berliner Beteiligungspraxis angekündigt habe?

Dennis Haustein (CDU) dankt Grit Großkurth für ihren Einsatz für das Ehrenamt. Die Website „engagiertes.berlin“ sei informativ; insbesondere die Räumbörse überzeuge durch ihre moderne und übersichtliche Gestaltung.

Wie könne künftig auf Nutzungsentgelte für öffentliche Räume – etwa für einen Schachverein – verzichtet werden, und welche gesetzliche Änderungen seien dafür notwendig? Er bitte

die Anzuhörenden um Hinweise oder Formulierungsvorschläge, wie ehrenamtliche Vereine oder Initiativen von Nutzungsentgelten befreit und bürokratische Hürden reduziert werden könnten. – Wie erhielten Ehrenamtliche Zugang zu Fortbildungen am Lernort Zivilgesellschaft, und nach welchen Kriterien würden die Angebote zusammengestellt?

Er bedanke sich zudem bei den Koalitionsfraktionen dafür, dass die Kürzungen der SenASGIVA bei der Landesfreiwilligenagentur aufgefangen werden konnten. Seien die entsprechenden Bescheide herausgegangen?

Grit Großkurth (SenKultGZ) bestätigt, dass die Bescheide bereits versandt worden seien.

Dennis Haustein (CDU) fragt darüber hinaus nach dem geplanten Berliner Demokratiepreis, der mit 100 000 Euro gefördert werden solle. Wie sei dieser ausgestaltet, und welcher Träger werde die Umsetzung übernehmen?

Ulker Radziwill (SPD) schließt sich dem Dank an Grit Großkurth und ihr Team, insbesondere Friedemann Walther, an. Die genannten fünf Punkte wiesen aus ihrer Sicht in die richtige Richtung. Der Erfolg der Raumbörse hänge maßgeblich von ihrer Auffindbarkeit und der verfügbaren Angeboten ab.

Es sei nicht ungewöhnlich, dass Senatsverwaltungen Projekte anderer Verwaltungen unterstützten oder übernahmen. Die Berliner Engagementlandschaft sei vielfältig; SenKultGZ decke dabei nur einen Teilbereich ab. Neben dem Engagement in Vereinen und Wohlfahrtsverbänden sei insbesondere das Engagement vor Ort wichtig und müsse unkompliziert ermöglicht werden. Der Koalition und SenKultGZ sei es gelungen, in diesem Bereich wichtige Fortschritte zu erzielen.

Grit Großkurth (SenKultGZ) betont, dass Barrierefreiheit und die stärkere Einbeziehung bislang unterrepräsentierter Gruppen zentrale Anliegen seien. Die LAGFA arbeite derzeit an einem Barrierefreiheitskonzept für die Freiwilligenagenturen. Künftig sollten auf der Website auch Informationen zur Erreichbarkeit und Barrierefreiheit der angebotenen Räume zu finden sein.

Die Raumbörse sei ein erster Schritt zur Entlastung des bestehenden Raummangels. Ergänzend liefen Modellprojekte zur Erprobung von Schlüsselsystemen, um die Zugänglichkeit zu verbessern. Gemeinsam mit SenStadt werde außerdem die Nach- und Mehrfachnutzung von kirchlichen Räumen getestet. Die daraus gewonnenen Erfahrungen sollten später auch auf Räume für ehrenamtliches Engagement übertragen werden.

Zum Beteiligungsbeirat könne sie keine Auskunft geben, da dieser bei SenStadt angesiedelt sei. – Die Anmeldung zu den Angeboten des Lernorts Zivilgesellschaft erfolge niedrigschwellig über die Website.

Der ehemalige Senator Joe Chialo habe den Demokratiepreis angeregt und SenKultGZ mit der Erarbeitung eines Konzepts beauftragt. Das Projekt habe derzeit jedoch keine Priorität; für Vorschläge sei man offen.

Dennis Haustein (CDU) fragt nach, ob Schlüsselsysteme künftig auch für Landes- und Bezirksliegenschaften vorgesehen seien und wann SenKultGZ erstmals eigene Räume anbieten werde.

Grit Großkurth (SenKultGZ) erklärt, dass SenKultGZ an den Fehrbelliner Platz umziehe und daher derzeit nicht über entsprechende Räume verfügen könne. Gemeinsam mit renke e. V. werde bis Ende April in einem Modellprojekt geprüft, welche Möglichkeiten in den Liegenschaften bestünden. – Landeseigene Räume dürften nach der Landeshaushaltsordnung nicht kostenfrei vergeben werden. Das Interesse an entsprechenden Lösungen sei jedoch weiterhin groß. Eine Mitarbeiterin von SenKultGZ befasse sich intensiv mit dem Thema und stehe dazu im Austausch mit SenFin.

Daniel Wesener (GRÜNE) berichtet, im Zusammenhang mit der sogenannten Überlassung unter Wert von neuen Problemen erfahren zu haben, die in einem Rundschreiben von SenFin thematisiert worden seien. Er fragt nach dem Inhalt des Rundschreibens und ob dieses dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden könne.

Dennis Haustein (CDU) merkt an, dass es sich vermutlich um eine zwingende gesetzliche Regelung handle. Gleichzeitig bestehe Einigkeit darüber, dass Vereine Räume kostenlos mitnutzen können sollten. Sei dafür ein weiteres Gesetz erforderlich? – Verfüge SenKultGZ über eine Übersicht, in welchen Haushaltstiteln Mittel für das Ehrenamt enthalten seien?

Grit Großkurth (SenKultGZ) erklärt, ihr sei das erwähnte Rundschreiben noch nicht bekannt. Eine entsprechende Übersicht liege SenKultGZ ebenfalls nicht vor; sie werde den Wunsch jedoch weitergeben.

Ulker Radziwill (SPD) betont, es sei positiv, dass die Förderung des Ehrenamts breit auf verschiedene Senatsverwaltungen verteilt sei. Eine Bündelung in nur einer Verwaltung halte sie daher für nicht sinnvoll. Die Vielfalt der Förderstrukturen solle erhalten bleiben; eine erneute Abfrage sei aus ihrer Sicht nicht notwendig.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt klar, dass sie keine Bündelung der Ehrenamtsförderung an einer Stelle fordere. Sie halte es jedoch für sinnvoll, wenn die entsprechenden Zuwendungen in den jeweiligen Einzelplänen unter einem einheitlichen Titel ausgewiesen würden.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Umsetzungsstand der Berliner Engagementstrategie
2020-25**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0296](#)
KultEnDe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0140](#)
Umsetzung der Engagementstrategie: Inklusion in
Engagement und Beteiligung stärken
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) KultEnDe
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0223](#)
Umsetzung der Engagementstrategie: Förderung des
Engagements von Jugendlichen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) KultEnDe
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0320](#)
Fünf Jahre Engagementstrategie: Auswertung und
Fortschreibung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) KultEnDe

Der **Ausschuss** beschließt, den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen zu vertagen.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0356](#)
Vergleichbare Kriterien bei den bezirklichen
Freiwilligen Agenturen und Zusammenarbeit mit
den Bezirken – Stand der Zielvereinbarung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) KultEnDe

Der **Ausschuss** beschließt, den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen zu vertagen.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.